

Gesetzentwurf

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Hannover, den 03.02.2009

Herrn
Präsidenten des Niedersächsischen Landtages
Hannover

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der Anlage übersende ich den von der Landesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009) und zur Umsetzung des Konjunkturpakets II

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlussfassung des Landtages herbeizuführen. Gleichzeitig beantrage ich, den Gesetzentwurf gemäß § 24 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages sogleich an einen Ausschuss zu überweisen.

Federführend ist das Finanzministerium.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Christian Wulff

Entwurf**Gesetz
zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009)
und zur Umsetzung des Konjunkturpakets II**

Artikel 1

Änderung des Haushaltsgesetzes 2009

Das Haushaltsgesetz 2009 vom 18. Dezember 2008 (Nds. GVBl. S. 421) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Zahl „24 745 212 000“ durch die Zahl „25 553 346 000“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Zahl „1 210 377 000“ durch die Zahl „1 741 610 000“ ersetzt.
2. Nach § 11 werden die folgenden neuen §§ 12 und 13 eingefügt:

„§ 12

Für die im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II des Bundes veranschlagten Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen wird Folgendes bestimmt:

1. Abweichend von § 35 Abs. 2 LHO wird zugelassen, dass für denselben Zweck Ausgaben aus verschiedenen Titeln des Haushalts geleistet werden; entsprechendes gilt für die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen.
2. Abweichend von § 45 Abs. 1 LHO gelten nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen auch für das nächste Haushaltsjahr, abweichend von Abs. 2 können bei übertragbaren Ausgaben Ausgabereste gebildet werden, die auch über das zweitnächste Haushaltsjahr verfügbar bleiben.
3. Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Haushaltsmittel und die Verpflichtungsermächtigungen analog § 50 LHO in andere Kapitel des Landeshaushalts umzusetzen.

§ 13

¹§ 1 des Niedersächsischen Landesvergabegesetzes (LVergabeG) vom 15. Dezember 2008 (Nds. GVBl. S. 411) gilt mit der Maßgabe, dass das Niedersächsische Landesvergabegesetz ab einem Auftragswert von mindestens 100 000 Euro anzuwenden ist. ²Für § 3 LVergabeG findet Satz 1 keine Anwendung.“

3. Der bisherige § 12 wird § 14 und wie folgt geändert:

Nach der Zahl „9“ wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach der Zahl „10“ werden ein Komma sowie die Angabe „12 und 13“ eingefügt.
4. Der bisherige § 13 wird § 15.
5. Die **Anlage 1** (Gesamtplan) erhält die als Anlage beigefügte Fassung.

Artikel 2
Niedersächsisches Gesetz
zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen
der Kommunen und Länder
(Niedersächsisches Zukunftsinvestitionsgesetz - NZulnvG)

§ 1

(1) Zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts werden den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden vom Bund und Land für besonders bedeutsame Investitionen Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 480 000 000 Euro in pauschalierter Form (Investitionspauschale) zur Verfügung gestellt.

(2) Die Höhe der individuellen Investitionspauschale der einzelnen Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden ergibt sich aus der Spalte 1 der **Anlage**.

(3) Die Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden erhalten die Finanzhilfen für die im Rahmen des § 3 für Investitionen ihnen in Rechnung gestellten oder von ihnen verausgabten Mittel unter Abzug des individuellen Eigenanteils nach § 2 bis zur Gesamthöhe der ihnen jeweils zustehenden individuellen Investitionspauschale.

§ 2

(1) ¹Die kommunalen Körperschaften erbringen in Ergänzung der Investitionspauschale einen Eigenanteil von insgesamt 120 000 000 Euro. ²Aus der Summe von Investitionspauschale und Eigenanteil ergibt sich das Budget.

(2) Die Höhe des von jedem Landkreis, jeder kreisfreien Stadt und jeder Gemeinde individuell zu erbringenden Eigenanteils ergibt sich aus der Spalte 2, das individuelle Budget ergibt sich aus der Spalte 3 der Anlage.

(3) Soweit die individuelle Investitionspauschale nicht in Anspruch genommen wird, reduziert sich der zu erbringende Eigenanteil um denselben Vomhundertsatz.

§ 3

(1) ¹Die Investitionspauschale ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. ²Sie darf nur für zusätzliche Investitionen, deren längerfristige Nutzung gesichert ist, verwendet werden. ³Die Zusätzlichkeit ist nicht gegeben, wenn die Investitionspauschale zur Finanzierung eines Investitionsvorhabens eingesetzt wird, dessen Gesamtfinanzierung bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan der kommunalen Körperschaft gesichert ist. ⁴Bei der Einschätzung über die längerfristige Nutzung sind die absehbaren demografischen Entwicklungen zu berücksichtigen.

(2) ¹Die Investitionspauschale darf nur für solche Investitionen genutzt werden, die nicht gleichzeitig nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen als Anteilsfinanzierung nach Artikel 104 b des Grundgesetzes und nach dem bis zum 31. August 2006 gültigen Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes oder nach Artikel 91 a und nach Artikel 91 b des Grundgesetzes oder mit KfW-Darlehensprogrammen mit Ausnahme der KfW-Programme „Investitionsoffensive Infrastruktur“ gefördert werden. ²Der Eigenanteil der kommunalen Körperschaften darf nicht durch EU-Mittel ersetzt werden. ³Das Doppelförderungsverbot gilt nicht programm- sondern vorhabenbezogen.

(3) ¹Die Investitionspauschale ist ausschließlich für Maßnahmen aus den in § 3 Abs. 1 des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZulnvG) vom XX. Februar 2009 (BGBl. I S. XX) genannten Bereichen zu verwenden. ²Dabei sollen 65 vom Hundert der Investitionspauschale auf den Schwerpunkt der Bildungsinfrastruktur entfallen. ³Mindestens die Hälfte der Investitionspauschale soll im Jahr 2009 abgerufen werden.

(4) ¹Die mit der Investitionspauschale finanzierten Maßnahmen dürfen erst am 27. Januar 2009 oder später begonnen worden sein. ²Soweit Investitionen schon vor dem 27. Januar 2009 begonnen wurden, aber noch nicht abgeschlossen sind, können dafür Mittel aus der Investitionspauschale herangezogen werden, wenn erklärt wird, dass es sich um selbständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens handelt

und die Finanzierung dieser Abschnitte bislang nicht gesichert ist. ³Die Erklärung ist im Nachweis nach § 5 Abs. 2 zu erbringen.

(5) Im Jahr 2011 kann die Investitionspauschale nur für Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die vor dem 31. Dezember 2010 begonnen wurden, und bei denen im Jahr 2011 ein selbständiger Abschnitt des Investitionsvorhabens abgeschlossen wird.

(6) Auf die Förderung nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz durch den Bund und das Land ist auf Bauschildern und nach Fertigstellung in geeigneter Form hinzuweisen.

§ 4

(1) ¹Die Investitionspauschale wird zu festen Terminen an die kommunalen Körperschaften ausbezahlt. ²Dabei ist je Jahr mindestens ein Zahlungstermin vorzusehen.

(2) Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Verordnung im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium

1. Zahlungstermine,
 2. die Termine, zu denen die für die Auszahlung notwendigen Erklärungen nach § 5 Abs. 1 vorzulegen sind,
 3. Aufbau und Gestaltung von Nachweisen und Erklärungen, auch in elektronischer Form, und
 4. die Verteilung nicht in Anspruch genommener individueller Investitionspauschalen
- regeln.

§ 5

(1) ¹Zu den nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 festgelegten Terminen legen die kommunalen Körperschaften eine Erklärung vor. ²In dieser Erklärung ist zu versichern, dass den kommunalen Körperschaften Rechnungen für Maßnahmen im Rahmen dieses Gesetzes vorliegen, die zur Begleichung anstehen oder bereits beglichen wurden und für die sie noch keine Mittel aus der Investitionspauschale erhalten haben. ³Die Höhe des anzuweisenden Betrages, der kommunale Eigenanteil an dieser Rechnung und der Investitionsschwerpunkt nach § 3 Abs. 3 sind in der Erklärung anzugeben.

(2) ¹Die Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden haben innerhalb von drei Monaten nach der Auszahlung die Verwendung der Mittel nachzuweisen, soweit dieser Nachweis nicht bereits mit der Meldung nach Absatz 1 erbracht wurde. ²Der Nachweis enthält den Förderbereich gemäß § 3 Abs. 3, dem das Projekt zuzuordnen ist, eine Kurzbeschreibung der einzelnen Maßnahme, Angaben über die Höhe des Investitionsvolumens, den kommunalbezogenen Anteil, den Umfang der öffentlichen Finanzierung und die Höhe der Beteiligung des Bundes an der öffentlichen Finanzierung sowie den Ort mit amtlichem Gemeindegemeinschaftsschlüssel und gegebenenfalls die Erklärung nach § 3 Abs. 4. ³Mit dem Nachweis ist die Zusätzlichkeit, die längerfristige Nutzung nach § 3 Abs. 1 sowie die Tatsache, dass keine Doppelförderung im Sinne des § 3 Abs. 2 vorliegt, zu bestätigen.

(3) Die Erklärung nach Absatz 1 und der Nachweis nach Absatz 2 sollen gemeinsam zum Termin nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 vorgelegt werden.

(4) Bei einer Vielzahl gleichartiger Einzelvorhaben innerhalb eines Förderbereichs, die für sich allein weder von grundsätzlicher Bedeutung sind, noch die Grenze von 1 000 000 Euro übersteigen, enthält der Nachweis eine gemeinsame Kurzbeschreibung sowie die Anzahl der geförderten Maßnahmen und die Summen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Beträge.

(5) ¹In Einzelfällen können weitergehende Nachweise verlangt werden. ²Ein unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand ist zu vermeiden.

§ 6

(1) ¹Die den kommunalen Körperschaften gewährten Finanzhilfen sind an das Land zurückzuzahlen, wenn einzelne Maßnahmen ihrer Art nach den in § 3 Abs. 3 festgelegten Förderbereichen nicht entsprechen, entgegen der eigenen Darstellung eine Doppelförderung vorliegt, die Zusätzlichkeit nach § 3 Abs. 1 nicht gegeben oder eine längerfristige Nutzung nach § 3 Abs. 1 nicht zu erwarten ist. ²Entsprechendes gilt, wenn die Kommune abweichend von § 2 Abs. 2 den individuellen Eigenanteil nicht oder nicht in voller Höhe erbringt.

(2) ¹Dieser Anspruch ist in Höhe des Zinssatzes, der sich nach dem Zinssatz für Kredite des Bundes zur Deckung von Ausgaben zum Zeitpunkt der Entstehung des Anspruches bemisst, vom Zeitpunkt seiner Entstehung an bis zur Rückzahlung zu verzinsen. ²Zurückgeforderte Mittel können vorbehaltlich des Absatzes 5 der Körperschaft erneut zur Verfügung gestellt werden.

(3) ¹Eine Rückforderung von Finanzhilfen nach Absatz 1 ist ausgeschlossen, wenn Rückforderungsansprüche nicht innerhalb von 18 Monaten nach Erhalt des Verwendungsnachweises nach § 5 Abs. 1 gegenüber der jeweiligen kommunalen Körperschaft geltend gemacht werden. ²Satz 1 gilt nicht, wenn nachträglich Tatsachen insbesondere durch Prüfungsmerkungen des Landesrechnungshofes bekannt werden, die einen Rückforderungsanspruch begründen. ³In diesem Fall endet die Rückforderungsfrist mit Ablauf von 18 Monaten nach Bekanntwerden der Tatsache.

(4) Das Land kann seinen Rückforderungsanspruch mit Forderungen der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Gemeinden aufrechnen.

(5) ¹Nach dem 31. Dezember 2011 dürfen Mittel nicht mehr zur Auszahlung angeordnet werden. ²Der Rückforderungsanspruch nach Absatz 1 bleibt unberührt.

§ 7

Der Landesrechnungshof ist berechtigt, bei den Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden zu prüfen, ob die Investitionspauschale bestimmungsgemäß und den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechend verwendet wurde.

§ 8

¹Für den Bereich einer Samtgemeinde wird die Investitionspauschale an die Samtgemeinde gezahlt, die als Gemeinde im Sinne dieses Gesetzes gilt. ²Ebenso ist der Eigenanteil durch die Samtgemeinde zu erbringen. ³Die Samtgemeinde kann die Investitionspauschale auch ganz oder teilweise an die Mitgliedsgemeinden weiterleiten.

§ 9

Aufwendungen für Maßnahmen der Sanierung, Modernisierung oder Erneuerung, für welche die Landkreise, kreisfreien Städte oder Gemeinden eine Investitionspauschale nach diesem Gesetz oder eine Zuwendung aus den Mitteln des Zukunftsinvestitionsgesetzes erhalten, gelten als wesentliche Verbesserung im Sinne des § 45 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung vom 22. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 458; 2006 S. 441), geändert durch Verordnung vom 27. November 2007 (Nds. GVBl. S. 683).

Anlage

(zu § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2)

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Landkreise, Region und Kreisfreie Städte	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
451000	Ammerland	3.487.630	892.872	4.380.502
452000	Aurich	5.598.432	1.639.729	7.238.160
101000	Braunschweig, Stadt	6.304.627	2.101.542	8.406.170
351000	Celle	5.799.148	1.322.585	7.121.733
453000	Cloppenburg	4.643.356	1.547.785	6.191.141
352000	Cuxhaven	7.805.466	410.814	8.216.280
401000	Delmenhorst, Stadt	2.345.852	248.387	2.594.239
251000	Diepholz	6.454.909	2.151.636	8.606.546
402000	Emden, Stadt	1.361.924	453.975	1.815.898
454000	Emsland	9.243.248	3.081.083	12.324.331
455000	Friesland	3.552.696	249.146	3.801.842
151000	Gifhorn	6.189.196	704.997	6.894.193
153000	Goslar	5.176.841	517.542	5.694.383
152000	Göttingen	7.817.137	1.721.389	9.538.526
456000	Grafschaft Bentheim	3.915.353	1.246.873	5.162.226
252000	Hameln-Pyrmont	4.409.059	1.469.686	5.878.745
353000	Harburg	6.715.659	2.238.553	8.954.212
154000	Helmstedt	3.303.127	405.858	3.708.985
254000	Hildesheim	8.148.371	2.408.013	10.556.384
255000	Holzminen	2.572.540	476.697	3.049.237
457000	Leer	5.901.119	356.596	6.257.715
354000	Lüchow-Dannenberg	2.285.339	209.956	2.495.295
355000	Lüneburg	5.761.191	997.353	6.758.544
256000	Nienburg (Weser)	4.032.478	1.150.223	5.182.701
155000	Northeim	4.962.443	766.704	5.729.147
458000	Oldenburg	3.689.004	1.229.668	4.918.672
403000	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	4.069.056	1.356.352	5.425.408
459000	Osnabrück	10.219.617	3.257.449	13.477.066
404000	Osnabrück, Stadt	4.192.581	1.397.527	5.590.109
356000	Osterholz	3.717.020	495.182	4.212.202

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Landkreise, Region und Kreisfreie Städte	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
156000	Osterode am Harz	2.364.009	788.003	3.152.012
157000	Peine	3.911.579	958.361	4.869.940
241000	Region Hannover	29.647.528	9.882.509	39.530.037
357000	Rotenburg (Wümme)	5.967.317	907.246	6.874.564
102000	Salzgitter, Stadt	2.822.255	940.752	3.763.006
257000	Schaumburg	5.483.734	521.189	6.004.924
358000	Soltau-Fallingb.ostel	4.665.500	1.321.712	5.987.211
359000	Stade	5.763.648	1.675.710	7.439.359
360000	Uelzen	3.838.435	340.180	4.178.615
460000	Vechta	3.866.098	1.288.699	5.154.797
361000	Verden	3.767.026	1.255.675	5.022.701
461000	Wesermarsch	2.754.843	918.281	3.673.124
405000	Wilhelmshaven, Stadt	2.235.249	641.262	2.876.511
462000	Wittmund	2.185.370	184.383	2.369.753
158000	Wolfenbüttel	3.893.094	816.566	4.709.660
103000	Wolfsburg, Stadt	3.159.894	1.053.298	4.213.192

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
361001	Achim, Stadt	847.675	282.558	1.130.233
152001	Adelebsen, Flecken	227.183	29.588	256.771
355001	Adendorf	298.703	72.775	371.479
252001	Aerzen, Flecken	330.363	110.121	440.484
358401	Ahlden Sgb	198.432	66.144	264.575
254002	Alfeld (Leine), Stadt	590.088	196.696	786.784
254003	Algermissen	265.306	44.072	309.378
360403	Altes Amt Ebstorf Sgb	357.782	39.738	397.520
251401	Altes Amt Lemförde Sgb	219.060	73.020	292.080
352401	Am Dobrock Sgb	421.628	39.456	461.084
355401	Amelinghausen Sgb	277.082	31.846	308.928
355049	Amt Neuhaus	192.529	10.133	202.662
451001	Apen	346.239	66.177	412.416

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
359401	Apensen Sgb	246.880	47.601	294.481
459401	Artland Sgb	646.739	215.580	862.318
158401	Asse Sgb	319.275	57.832	377.107
257003	Auetal	223.595	19.517	243.112
452001	Aurich, Stadt	1.141.115	380.372	1.521.487
456001	Bad Bentheim, Stadt	438.317	146.106	584.422
459003	Bad Essen	444.396	148.132	592.527
358008	Bad Fallingb., Stadt	330.138	110.046	440.184
155001	Bad Gandersheim, Stadt	362.125	44.738	406.863
156401	Bad Grund (Harz) Sgb	324.411	29.244	353.655
153002	Bad Harzburg, Stadt	725.724	121.622	847.347
459004	Bad Iburg, Stadt	365.134	68.445	433.579
459005	Bad Laer	269.766	76.197	345.963
156002	Bad Lauterberg im Harz, Stadt	367.038	71.307	438.345
252002	Bad Münder am Deister, Stadt	595.241	95.221	690.463
252003	Bad Pyrmont, Stadt	667.694	135.901	803.595
459006	Bad Rothenfelde	229.662	43.281	272.943
156003	Bad Sachsa, Stadt	280.441	22.521	302.962
254005	Bad Salzdetfurth, Stadt	401.647	133.882	535.530
451002	Bad Zwischenahn	762.066	254.022	1.016.088
158402	Baddeckenstedt Sgb	367.015	56.095	423.111
460001	Bakum	163.258	52.650	215.908
452002	Baltrum	14.212	4.737	18.949
355402	Bardowick Sgb	530.629	79.459	610.088
251402	Barnstorf Sgb	368.990	84.852	453.842
241002	Barsinghausen, Stadt	1.029.988	251.239	1.281.226
453001	Barßel	413.017	53.620	466.637
251007	Bassum, Stadt	457.186	151.139	608.325
352402	Bederkesa Sgb	423.826	41.873	465.699
459008	Belm	420.069	101.165	521.233
351004	Bergen, Stadt	437.088	66.847	503.935
461001	Berne	223.229	43.447	266.677
459402	Bersenbrück Sgb	914.016	147.813	1.061.829

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
360401	Bevensen Sgb	538.606	80.487	619.094
255401	Bevern Sgb	217.829	27.422	245.251
352403	Beverstedt Sgb	475.860	52.090	527.950
360004	Bienenbüttel	212.471	39.421	251.893
358002	Bispingen	176.649	58.883	235.533
459012	Bissendorf	427.041	114.118	541.158
355009	Bleckede, Stadt	337.703	28.598	366.301
254008	Bockenem, Stadt	324.680	91.301	415.981
455025	Bockhorn	300.337	26.752	327.089
155002	Bodenfelde, Flecken	122.944	10.113	133.057
360402	Bodenteich Sgb	212.253	27.445	239.698
255402	Bodenwerder Sgb	396.925	53.127	450.052
255403	Boffzen Sgb	213.206	71.069	284.275
459013	Bohmte	427.114	72.056	499.170
151401	Boldecker Land Sgb	310.385	60.043	370.428
358004	Bomlitz	200.655	66.885	267.540
352404	Börde Lamstedt Sgb	206.762	24.343	231.105
457002	Borkum, Stadt	168.313	37.163	205.477
453002	Bösel	238.111	46.239	284.350
357401	Bothel Sgb	245.711	81.904	327.614
152004	Bovenden, Flecken	418.714	95.352	514.067
461002	Brake (Unterweser), Stadt	455.061	151.687	606.749
459014	Bramsche, Stadt	958.267	201.648	1.159.914
153003	Braunlage, Stadt	163.903	27.014	190.918
101000	Braunschweig, Stadt	6.905.818	2.301.939	9.207.757
357008	Bremervörde, Stadt	593.173	123.406	716.579
151402	Brome Sgb	518.544	60.625	579.169
452401	Brookmerland Sgb	474.171	28.789	502.960
251403	Bruchhausen-Vilsen Sgb	524.863	134.043	658.906
353005	Buchholz in der Nordheide, Stadt	1.070.647	356.882	1.427.529
257009	Bückeburg, Stadt	647.425	135.607	783.032
154003	Büddenstedt	86.003	28.668	114.671
457024	Bunde	236.455	47.220	283.675

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
241003	Burgdorf, Stadt	920.506	208.639	1.129.145
241004	Burgwedel, Stadt	575.173	191.724	766.897
461003	Butjadingen	214.510	30.892	245.401
359010	Buxtehude, Stadt	1.088.264	362.755	1.451.018
453003	Cappeln (Oldenburg)	193.773	64.236	258.009
351006	Celle, Stadt	2.005.338	668.446	2.673.784
453004	Cloppenburg, Stadt	907.591	282.154	1.189.745
252004	Coppenbrügge, Flecken	260.036	34.521	294.556
158006	Cremlingen	407.989	71.969	479.958
352011	Cuxhaven, Stadt	1.612.303	344.039	1.956.342
355403	Dahlenburg Sgb	217.415	25.097	242.512
460002	Damme, Stadt	458.551	152.850	611.401
155003	Dassel, Stadt	336.566	75.626	412.191
255008	Delligsen, Flecken	289.042	38.797	327.839
401000	Delmenhorst, Stadt	2.370.046	469.365	2.839.411
254011	Diekholzen	222.924	33.622	256.545
251012	Diepholz, Stadt	467.388	155.796	623.184
460003	Dinklage, Stadt	358.051	118.717	476.769
459015	Dissen am Teutoburger Wald, Stadt	264.735	88.245	352.980
452027	Dornum	148.964	31.147	180.111
454401	Dörpen Sgb	480.854	102.818	583.672
361003	Dörverden	316.999	41.047	358.045
458003	Dötlingen	170.036	56.679	226.715
152401	Dransfeld Sgb	303.981	57.555	361.535
359013	Drochtersen	382.929	75.866	458.795
152007	Duderstadt, Stadt	727.576	124.273	851.850
254405	Duingen Sgb	192.962	17.693	210.655
157001	Edemissen	390.963	84.680	475.643
451004	Edeweicht	632.599	150.883	783.482
257401	Eilsen Sgb	194.098	64.699	258.797
155004	Einbeck, Stadt	792.340	247.688	1.040.028
353401	Elbmarsch Sgb	335.904	90.546	426.450
354406	Elbtalaue Sgb	716.157	95.167	811.325

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
461004	Elsfleth, Stadt	288.978	59.762	348.740
254014	Elze, Stadt	292.434	63.285	355.719
402000	Emden, Stadt	1.454.564	484.855	1.939.419
456401	Emlichheim Sgb	417.512	112.352	529.864
252005	Emmerthal	310.691	103.564	414.255
454010	Emsbüren	320.392	47.410	367.801
453005	Emstek	322.370	107.457	429.827
351401	Eschede Sgb	221.976	17.647	239.623
255405	Eschershausen Sgb	232.719	22.476	255.195
462401	Esens Sgb	474.561	53.502	528.063
453006	Essen (Oldenburg)	229.416	76.472	305.888
256401	Eystrup Sgb	204.995	36.466	241.461
351010	Faßberg	248.318	20.085	268.403
357402	Fintel Sgb	255.142	29.546	284.688
351402	Flotwedel Sgb	395.962	39.344	435.306
254401	Freden (Leine) Sgb	182.888	14.559	197.447
359402	Fredenbeck Sgb	431.335	54.402	485.737
454402	Freren Sgb	359.681	46.019	405.700
462005	Friedeburg	299.744	99.915	399.659
152009	Friedland	355.008	25.964	380.972
453007	Friesoythe, Stadt	635.602	133.547	769.149
459403	Fürstenau Sgb	573.787	54.912	628.700
458005	Ganderkesee	890.150	267.325	1.157.475
241005	Garbsen, Stadt	1.931.219	430.973	2.362.192
453008	Garrel	391.238	86.656	477.894
354403	Gartow Sgb	113.441	36.088	149.530
454014	Geeste	317.924	105.975	423.899
357403	Geestequelle Sgb	228.809	21.507	250.317
241006	Gehrden, Stadt	430.846	124.083	554.929
355404	Gellersen Sgb	391.954	65.002	456.956
459019	Georgsmarienhütte, Stadt	914.682	304.894	1.219.576
152402	Gieboldehausen Sgb	491.902	54.134	546.036
254017	Giesen	293.865	81.141	375.006

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
151009	Gifhorn, Stadt	1.191.715	397.238	1.588.953
459034	Glandorf	214.425	41.445	255.870
152011	Gleichen	325.535	33.787	359.321
357016	Gnarrenburg	328.763	30.221	358.984
460004	Goldenstedt	282.999	94.333	377.332
153005	Goslar, Stadt	1.213.487	401.095	1.614.582
152012	Göttingen, Stadt	3.420.587	1.140.196	4.560.783
256403	Grafschaft Hoya Sgb	315.729	105.243	420.972
356002	Grasberg	249.235	39.880	289.116
154401	Grasleben Sgb	140.036	46.679	186.715
254402	Gronau (Leine) Sgb	433.150	115.100	548.250
452006	Großefehn	435.685	60.708	496.393
458007	Großenkneten	388.223	129.408	517.631
452007	Großheide	312.624	16.454	329.078
352405	Hadeln Sgb	336.211	50.240	386.450
452403	Hage Sgb	370.043	32.805	402.848
459020	Hagen am Teutoburger Wald	467.729	66.675	534.404
352406	Hagen Sgb	371.081	48.878	419.959
356401	Hambergen Sgb	407.024	41.527	448.551
351012	Hambühren	334.614	48.159	382.773
252006	Hameln, Stadt	1.651.082	550.361	2.201.443
151403	Hankensbüttel Sgb	294.556	68.780	363.336
152016	Hann. Münden, Stadt	704.149	234.716	938.866
241001	Hannover, Landeshauptstadt	14.516.714	4.838.905	19.355.618
353402	Hanstedt Sgb	367.594	117.655	485.249
155005	Hardeggen, Stadt	279.891	42.883	322.774
454018	Haren (Ems), Stadt	646.440	209.687	856.127
458401	Harpstedt Sgb	340.816	83.721	424.536
359403	Harsefeld Sgb	632.527	131.481	764.008
254020	Harsum	350.498	105.895	456.394
459021	Hasbergen	318.089	100.256	418.345
454019	Haselünne, Stadt	387.025	86.367	473.391
458009	Hatten	461.155	49.309	510.464

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
156402	Hattorf am Harz Sgb	277.363	25.523	302.887
256402	Heemsen Sgb	211.625	21.318	232.943
154402	Heeseberg Sgb	139.621	22.892	162.513
154010	Helmstedt, Stadt	760.352	185.605	945.957
241007	Hemmingen, Stadt	523.166	174.389	697.555
352407	Hemmoor Sgb	485.972	51.509	537.481
351013	Hermannsburg	277.193	40.140	317.333
156009	Herzberg am Harz, Stadt	411.300	137.100	548.400
454403	Herzlake Sgb	312.987	58.905	371.891
457402	Hesel Sgb	341.862	45.189	387.051
252007	Hessisch Oldendorf, Stadt	665.335	74.433	739.768
254021	Hildesheim, Stadt	2.896.071	965.357	3.861.428
459022	Hilter am Teutoburger Wald	318.898	63.913	382.811
359404	Himmelpforten Sgb	334.117	36.799	370.916
452011	Hinte	256.096	16.847	272.943
157002	Hohenhameln	272.671	90.890	363.561
460005	Holdorf	183.010	61.003	244.013
254022	Holle	239.663	40.109	279.772
353403	Hollenstedt Sgb	307.704	93.343	401.047
462402	Holtriem Sgb	298.836	39.285	338.121
255023	Holzminden, Stadt	583.165	194.388	777.554
359405	Horneburg Sgb	351.334	79.544	430.878
458010	Hude (Oldenburg)	464.213	124.224	588.437
452012	Ihlow	421.261	53.519	474.780
355405	Ilmenau Sgb	338.966	51.499	390.465
157003	Ilsede	389.729	66.177	455.906
151404	Isenbüttel Sgb	502.976	77.506	580.482
241008	Isernhagen	638.775	212.925	851.699
461005	Jade	202.995	18.766	221.762
457012	Jemgum	128.204	10.219	138.423
353404	Jesteburg Sgb	295.241	98.414	393.655
455007	Jever, Stadt	448.372	74.062	522.434
359028	Jork	340.638	106.038	446.675

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
452013	Juist	51.951	17.317	69.268
457403	Jümme Sgb	222.269	20.243	242.512
155006	Kalefeld	221.528	47.776	269.303
155007	Katlenburg-Lindau	244.471	36.465	280.935
251404	Kirchdorf Sgb	253.900	84.633	338.533
361005	Kirchlinteln	324.248	68.393	392.642
154013	Königslutter am Elm, Stadt	536.546	74.705	611.251
155008	Kreiensen	243.962	31.946	275.907
452014	Krummhörn	378.831	114.110	492.941
241009	Laatzen, Stadt	1.126.340	375.447	1.501.787
351403	Lachendorf Sgb	423.464	49.364	472.829
157004	Lahstedt	357.322	39.897	397.220
254403	Lamspringe Sgb	197.256	36.888	234.144
352408	Land Wursten Sgb	329.481	33.292	362.773
256404	Landesbergen Sgb	251.705	83.902	335.607
153007	Langelsheim, Stadt	376.837	110.213	487.050
352030	Langen, Stadt	621.190	76.665	697.855
241010	Langenhagen, Stadt	1.436.638	478.879	1.915.517
462007	Langeoog	56.932	18.977	75.909
361006	Langwedel, Flecken	466.640	83.337	549.976
453009	Lastrup	188.835	62.945	251.780
454404	Lathen Sgb	361.863	48.039	409.902
457013	Leer (Ostfriesland), Stadt	956.304	318.768	1.275.073
154014	Lehre	370.417	68.641	439.058
241011	Lehrte, Stadt	1.239.286	404.188	1.643.474
461006	Lemwerder	203.722	67.907	271.630
157005	Lengede	422.342	68.835	491.177
454405	Lengerich Sgb	302.755	38.105	340.860
256405	Liebenau Sgb	212.181	24.740	236.921
153008	Liepenburg	320.036	31.518	351.554
356005	Lilienthal	512.753	170.918	683.671
453010	Lindern (Oldenburg)	131.999	43.909	175.908
257402	Lindhorst Sgb	285.454	27.151	312.605

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
454032	Lingen (Ems), Stadt	1.446.037	482.012	1.928.050
460006	Lohne (Oldenburg), Stadt	718.389	239.463	957.852
453011	Löningen, Stadt	379.991	118.353	498.344
352032	Loxstedt	514.884	93.553	608.437
354407	Lüchow (Wendland) Sgb	783.321	174.531	957.852
359406	Lühe Sgb	305.263	71.582	376.845
355022	Lüneburg, Hansestadt	2.020.957	673.652	2.694.609
153401	Lutter am Barenberge Sgb	149.218	17.234	166.452
256406	Marklohe Sgb	260.583	58.552	319.134
151405	Meinersen Sgb	718.622	70.902	789.524
459024	Melle, Stadt	1.310.673	436.891	1.747.564
454035	Meppen, Stadt	969.813	323.271	1.293.084
453012	Molbergen	250.007	46.313	296.320
457014	Moormerland	772.872	68.922	841.793
155009	Moringen, Stadt	234.391	44.668	279.059
358016	Munster, Stadt	561.254	79.341	640.594
257403	Nenndorf Sgb	546.109	81.653	627.762
353026	Neu Wulmstorf	597.501	171.010	768.511
456402	Neuenhaus Sgb	389.349	129.783	519.132
358017	Neuenkirchen	161.143	53.714	214.857
459404	Neuenkirchen Sgb	341.637	52.018	393.655
460007	Neuenkirchen-Vörden	225.701	75.234	300.935
241012	Neustadt am Rübenberge, Stadt	1.436.815	276.866	1.713.680
257404	Niedernwöhren Sgb	299.863	27.376	327.239
256022	Nienburg (Weser), Stadt	920.029	306.676	1.226.705
257405	Nienstädt Sgb	343.110	58.725	401.835
154403	Nord-Elm Sgb	211.959	19.934	231.893
452019	Norden, Stadt	784.133	158.297	942.430
461007	Nordenham, Stadt	775.884	258.628	1.034.512
452020	Norderney, Stadt	169.698	56.566	226.264
352040	Nordholz	261.473	23.815	285.288
456015	Nordhorn, Stadt	1.593.198	400.292	1.993.490
454406	Nordhümmling Sgb	426.397	31.872	458.270

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
359407	Nordkehdingen Sgb	256.841	33.288	290.129
254026	Nordstemmen	403.615	87.562	491.177
155010	Nörten-Hardenberg, Flecken	249.567	69.267	318.834
155011	Northeim, Stadt	863.182	287.727	1.150.909
153402	Oberharz Sgb	634.654	54.607	689.262
257028	Obernkirchen, Stadt	296.682	72.583	369.265
158403	Oderwald Sgb	247.964	25.617	273.581
403000	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	4.468.017	1.489.339	5.957.356
359408	Oldendorf Sgb	264.056	26.560	290.616
404000	Osnabrück, Stadt	4.596.458	1.532.153	6.128.611
459029	Ostercappeln	328.990	33.746	362.736
356007	Osterholz-Scharmbeck, Stadt	961.292	198.059	1.159.351
156011	Osterode am Harz, Stadt	691.063	230.354	921.417
355406	Ostheide Sgb	336.890	45.395	382.285
457017	Ostrhauderfehn	362.289	39.471	401.760
361008	Ottersberg, Flecken	341.817	113.939	455.756
461008	Ovelgönne	197.343	18.827	216.171
361009	Oyten	429.311	143.104	572.415
454041	Papenburg, Stadt	1.088.765	218.502	1.307.267
151406	Papenteich Sgb	757.154	123.964	881.118
241013	Pattensen, Stadt	393.994	127.014	521.008
157006	Peine, Stadt	1.401.263	467.088	1.868.350
255406	Polle Sgb	145.625	31.034	176.659
152403	Radolfshausen Sgb	259.419	26.807	286.226
451005	Rastede	574.469	191.490	765.959
256025	Rehburg-Loccum, Stadt	346.131	61.895	408.026
251405	Rehden Sgb	163.985	54.662	218.647
358402	Rethem/ Aller Sgb	164.341	17.534	181.874
457018	Rhauderfehn	594.353	54.646	649.000
454044	Rhede (Ems)	146.755	12.005	158.760
257031	Rinteln, Stadt	796.371	246.959	1.043.330
356008	Ritterhude	405.221	135.074	540.295
257406	Rodenberg Sgb	516.663	84.382	601.045

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
241014	Ronnenberg, Stadt	721.041	150.095	871.136
360404	Rosche Sgb	249.438	23.918	273.356
152021	Rosdorf	386.483	60.530	447.013
353029	Rosengarten	372.914	124.305	497.219
357039	Rotenburg (Wümme), Stadt	644.054	185.132	829.186
257407	Sachsenhagen Sgb	334.589	30.961	365.550
454045	Salzbergen	211.039	70.346	281.386
102000	Salzgitter, Stadt	3.018.912	1.006.304	4.025.216
353405	Salzhausen Sgb	425.938	93.832	519.770
252008	Salzhemmendorf, Flecken	348.464	42.865	391.328
455014	Sande	288.954	63.237	352.192
153010	Sankt Andreasberg, Bergstadt	66.975	9.160	76.134
254028	Sarstedt, Stadt	522.519	174.173	696.691
151025	Sassenburg	372.769	39.836	412.604
453013	Saterland	408.554	75.156	483.710
355407	Scharnebeck Sgb	499.627	58.679	558.306
357041	Scheeßel	410.333	74.353	484.686
254029	Schellerten	287.820	34.015	321.836
352050	Schiffdorf	468.126	59.524	527.650
158404	Schladen Sgb	281.767	77.254	359.021
358019	Schneverdingen, Stadt	611.527	105.126	716.654
154019	Schöningen, Stadt	377.422	105.875	483.298
158405	Schöppenstedt Sgb	336.793	45.118	381.910
455015	Schortens, Stadt	712.364	82.112	794.477
456403	Schüttorf Sgb	466.052	118.670	584.723
251406	Schwaförden Sgb	239.885	29.494	269.378
356009	Schwanewede	634.038	115.261	749.299
358403	Schwarmstedt Sgb	376.096	79.359	455.455
241015	Seelze, Stadt	1.062.893	179.347	1.242.240
153012	Seesen, Stadt	691.255	117.368	808.623
353031	Seevetal	1.164.924	388.308	1.553.231
241016	Sehnde, Stadt	704.670	141.213	845.883
357404	Selsingen Sgb	294.552	55.201	349.753

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
254404	Sibbesse Sgb	223.123	19.802	242.925
158406	Sickte Sgb	351.377	42.653	394.030
251407	Siedenburg Sgb	141.468	42.770	184.238
352409	Sietland Sgb	201.373	10.670	212.043
357405	Sittensen Sgb	308.749	102.916	411.666
454407	Sögel Sgb	503.559	82.552	586.111
254032	Söhlde	265.419	46.436	311.855
358021	Soltau, Stadt	619.328	206.443	825.771
357406	Sottrum Sgb	434.140	102.403	536.543
454408	Spelle Sgb	356.676	118.892	475.568
462014	Spiekeroog	23.274	7.758	31.032
241017	Springe, Stadt	912.081	204.569	1.116.650
359038	Stade, Stadt	1.290.945	430.315	1.721.260
461009	Stadland	266.954	28.052	295.007
257035	Stadthagen, Stadt	705.693	161.278	866.971
255407	Stadtdendorf Sgb	330.462	56.626	387.088
152026	Staufenberg	272.675	41.956	314.631
256407	Steimbke Sgb	224.117	68.638	292.755
460008	Steinfeld (Oldenburg)	265.298	88.433	353.730
353032	Stelle	311.095	101.171	412.266
256030	Steyerberg, Flecken	151.237	50.412	201.649
256032	Stolzenau	254.291	28.258	282.549
251037	Stuhr	923.097	307.699	1.230.795
452023	Südbrookmerland	669.519	47.736	717.254
360405	Sudenburg Sgb	241.113	30.592	271.705
251040	Sulingen, Stadt	373.392	124.464	497.857
251041	Syke, Stadt	704.402	214.877	919.279
357407	Tarmstedt Sgb	373.310	37.605	410.916
361401	Thedinghausen Sgb	475.589	86.807	562.396
353406	Tostedt Sgb	826.714	126.148	952.862
454054	Twist	270.757	90.252	361.010
251042	Twistringen, Stadt	396.449	73.491	469.939
256408	Uchte Sgb	501.512	80.171	581.683

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
456404	Uelsen Sgb	317.699	105.900	423.598
360025	Uelzen, Stadt	990.527	321.543	1.312.070
241018	Uetze	664.395	99.725	764.121
351020	Unterlüß	112.400	37.467	149.867
457020	Uplengen	384.061	44.191	428.251
155012	Uslar, Stadt	513.147	76.979	590.126
455026	Varel, Stadt	741.762	200.294	942.055
157007	Vechelde	506.518	99.855	606.373
460009	Vechta, Stadt	892.675	297.558	1.190.233
154404	Velpke Sgb	431.311	43.582	474.892
361012	Verden (Aller), Stadt	756.691	252.230	1.008.921
153013	Vienenburg, Stadt	361.554	59.230	420.784
460010	Visbek	323.777	107.926	431.703
357051	Visselhövede, Stadt	336.243	61.014	397.257
251044	Wagenfeld	219.058	50.058	269.116
156403	Walkenried Sgb	154.145	35.872	190.017
459033	Wallenhorst	698.465	206.554	905.020
358022	Walsrode, Stadt	739.075	176.151	915.226
455020	Wangerland	333.108	48.878	381.985
455021	Wangerooge, Nordseebad	27.833	9.278	37.110
458013	Wardenburg	452.923	150.974	603.897
351404	Wathlingen Sgb	426.159	142.053	568.212
241019	Wedemark	820.293	273.431	1.093.723
457021	Weener, Stadt	540.658	48.042	588.700
157008	Wendeburg	327.688	51.783	379.471
241020	Wennigsen (Deister)	430.654	99.247	529.901
454409	Werlte Sgb	447.379	149.126	596.505
151407	Wesendorf Sgb	500.876	43.960	544.835
451007	Westerstede, Stadt	663.654	163.618	827.272
457022	Westoverledingen	708.703	43.673	752.376
251047	Weyhe	854.345	284.782	1.139.126
451008	Wiefelstede	442.664	110.389	553.053
452025	Wiesmoor, Stadt	438.404	56.639	495.042

Amtlicher Gemeinde- schlüssel	Verwaltungseinheiten	Investitions- pauschale	Eigenanteil	Budget
		1	2	3
456025	Wietmarschen	354.017	61.138	415.156
351023	Wietze	279.487	30.079	309.566
358023	Wietzendorf	133.051	19.969	153.019
458014	Wildeshausen, Stadt	519.733	173.244	692.977
405000	Wilhelmshaven, Stadt	2.398.278	723.644	3.121.922
351024	Winsen (Aller)	423.000	59.660	482.660
353040	Winsen (Luhe), Stadt	931.483	310.494	1.241.977
151040	Wittingen, Stadt	342.971	114.324	457.294
462019	Wittmund, Stadt	713.415	87.704	801.118
158037	Wolfenbüttel, Stadt	1.529.620	509.873	2.039.493
103000	Wolfsburg, Stadt	3.404.574	1.134.858	4.539.433
356011	Worpswede	308.327	47.017	355.344
360406	Wrestedt Sgb	238.459	22.139	260.598
241021	Wunstorf, Stadt	1.235.534	333.607	1.569.141
455027	Zetel	396.159	46.051	442.210
357408	Zeven Sgb	624.394	208.131	832.525

Artikel 3
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

							Gesamt
							A. Haushalts
		Einnahmen					
		0	1	2	3	4	
Epl.	Bezeichnung	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	Personalausgaben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	---	89	---	---	89	35 776
02	Staatskanzlei	---	845	196	---	1 041	20 869
03	Ministerium für Inneres, Sport und Integration	---	58 851	36 258	1 076	96 185	1 034 805
04	Finanzministerium	---	76 003	122 424	3	198 430	547 652
05	Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	---	46 493	604 282	201 484	852 259	99 512
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	---	34 009	177 770	122 871	334 650	60 075
07	Kultusministerium	---	7 465	3 597	25 735	36 797	3 732 734
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	---	812 263	864 853	236 981	1 914 097	184 228
09	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung	5 350	27 119	133 642	52 745	218 856	91 440
11	Justizministerium	---	374 710	1 836	---	376 546	642 043
12	Staatsgerichtshof	---	---	---	---	---	151
13	Allgemeine Finanzverwaltung	18 114 400	636 916	702 660	1 799 018	21 252 994	2 731 551
14	Landesrechnungshof	---	1	---	170	171	9 965
15	Ministerium für Umwelt und Klimaschutz	93 000	46 364	24 600	104 565	268 529	60 189
20	Hochbauten	---	202	---	2 500	2 702	---
	neuer Ansatz 2009	18 212 750	2 121 330	2 672 118	2 547 148	25 553 346	9 250 990
	alter Ansatz 2009	18 212 750	2 121 330	2 666 968	1 744 164	24 745 212	9 244 553
	mehr (+)/weniger (-)	---	---	+ 5 150	+ 802 984	+ 808 134	+ 6 437

Anlage

(zu Artikel 1 Nr. 5)

Anlage 1

(zu § 1 Satz 1)

plan**übersicht**

Ausgaben						2009 Überschuss (+) Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	Verpflichtungs- ermächtigungen
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Bau- maßnahmen	8 Sonstige Ausga- ben für Investi- tionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
9	10	11	12	13	14	15	16
2 876	8 612	---	374	---	47 638	- 47 549	---
5 120	2 570	---	296	2 931	31 786	- 30 745	243
203 405	240 256	160	136 475	37 205	1 652 306	- 1 556 121	33 293
182 210	155	---	11 769	27 212	768 998	- 570 568	---
41 085	2 927 595	---	334 821	- 21 071	3 381 942	- 2 529 683	191 952
15 698	2 215 934	---	205 712	- 6 535	2 490 884	- 2 156 234	453 707
31 158	643 626	---	29 935	- 5 283	4 432 170	- 4 395 373	11 166
396 066	448 687	170 545	566 291	- 10 128	1 755 689	+ 158 408	373 792
26 571	150 057	2 855	97 038	108 052	476 013	- 257 157	75 670
345 672	17 912	500	11 438	42 149	1 059 714	- 683 168	1 933
84	---	---	---	---	235	- 235	---
2 334 005	3 207 660	---	773 501	- 131 216	8 915 501	+ 12 337 493	490 800
788	---	---	---	195	10 948	- 10 777	---
45 967	127 982	16 910	98 732	49 630	399 410	- 130 881	92 784
42 451	78	81 583	4 000	2 000	130 112	- 127 410	16 270
3 673 156	9 991 124	272 553	2 270 382	95 141	25 553 346	---	1 741 610
3 652 806	9 958 023	272 553	1 522 136	95 141	24 745 212	---	1 210 377
+ 20 350	+ 33 101	---	+ 748 246	---	+ 808 134	---	+ 531 233

B. Finanzierungsübersicht

	2009	
	in Mio. EUR	
I. Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1. Ausgaben		
Ausgaben nach § 1 HG 2009	25 553,3	
(ohne Schuldentilgung an den Kreditmarkt für Allgemeine Deckungskredite)		
davon ab: Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite an den Kreditmarkt (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.2)	0,3	
Zuführungen an Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.2)	10,5	
Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen (siehe Abschnitt II Nr. 2.2)	–,—	25 542,5
2. Einnahmen		
Einnahmen nach § 1 HG 2009	25 553,3	
davon ab: Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		
a) Allgemeine Deckungsmittel (siehe Abschnitt II Nr. 1.1.3)	250,0	
b) andere (zweckgebundene) Kredite (siehe Abschnitt II Nr. 1.2.1)	–,—	
Entnahmen aus Rücklagen (siehe Abschnitt II Nr. 3.1)	846,1	
Einnahmen aus Überschüssen	–,—	24 457,2
3. Finanzierungssaldo		<u><u>-1 085,3</u></u>
II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
1. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt		
1.1 Allgemeine Deckungsmittel		
1.1.1 Einnahmen aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)		6 459,5
1.1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)		6 209,5
1.1.3 Saldo (Nettokreditermächtigung nach § 3 Abs. 1 HG 2009)		<u>-250,0</u>
1.2 Andere (zweckgebundene) Kredite		
1.2.1 Einnahmen aus zweckgebundenen Krediten der Obergruppe 32	–,—	
1.2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite am Kreditmarkt (Obergruppe 59 - einschließlich Ausgleichs- forderungen)	0,3	0,3
Saldo (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt)		<u><u>-249,7</u></u>
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren		
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	–,—	
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	–,—	–,—
3. Rücklagenbewegung		
3.1 Entnahmen aus Rücklagen	846,1	
3.2 Zuführungen an Rücklagen	10,5	-835,6
4. Finanzierungssaldo (Summe Nummern 1 bis 3)		<u><u>-1 085,3</u></u>

C. Kreditfinanzierungsplan

		2009
		in Mio. EUR
I. Einnahmen aus Krediten (brutto)		
1. aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)		6 459,5
2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32		0,4
	Summe I	6 460,9
II. Tilgungsausgaben für Kredite		
1. für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)		6 209,5
2. für andere Kredite (Obergruppen 58 und 59)		0,5
	Summe II	6 210,0
III. Einnahmen aus Krediten (netto)		
1. aus Kreditmarktmitteln (Abschnitt I Nr. 1 ./ Abschnitt II Nr. 1		250,0
2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr. 2 ./ Abschnitt II Nr. 2)		-0,1
	Summe III (Summe I ./ Summe II)	249,9

Begründung

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1:

Die Abschlusszahlen ergeben sich aus der Haushaltsübersicht des Gesamtplans für das Haushaltsjahr 2009 in der Fassung des Nachtragshaushalts.

Zu Nummer 2:

Zu § 12:

Die Ermächtigungen dienen der zügigen und flexiblen Umsetzung der aus dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ (Konjunkturpaket II) resultierenden Vorhaben.

In den Ressorthaushalten werden im Wege der analogen Umsetzung gemäß § 50 LHO außerplanmäßig einheitliche Kapitel mit der Endnummer 98 eingerichtet. Die für die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen erforderlichen Titel werden ebenfalls außerplanmäßig dem Gruppierungsplan entsprechend eingerichtet.

Zu § 13:

Um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise wirksam zu bekämpfen, hat die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket II u. a. die Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts beschlossen.

Folgende Kriterien für eine erleichterte Vergabe sind vorgesehen:

„Befristet auf zwei Jahre werden Schwellenwerte für Beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben (jeweils ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb) mit folgender Höhe eingeführt.

Für Bauleistungen:

- Beschränkte Ausschreibung: 1 000 000 Euro
- Freihändige Vergabe: 100 000 Euro

Für Dienst- und Lieferleistungen:

- Freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung: 100 000 Euro

Unterhalb dieser Schwellenwerte kann die Vergabestelle ohne Nachweis eines Ausnahmestatbestandes Beschränkte Ausschreibungen oder Freihändige Vergaben durchführen. Die Länder und Kommunen sind aufgefordert, ihre Vergabeverfahren ebenfalls durch Anhebung der Schwellenwerte zu erleichtern.“

Die Landesregierung hat beschlossen, diese Wertgrenzen auch in Niedersachsen einzuführen. Dazu muss der niedersächsische Wertgrenzenerlass vom 12. Juli 2006 (Nds. MBl. S. 699, geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 20. November 2007, Nds. MBl. S. 1482), an die Wertgrenzen des Bundes befristet angepasst werden.

Dieser Erlass lässt bisher beschränkte Bauausschreibungen ohne weitere Einzelbegründung bis zu einem Auftragsvolumen von 200 000 Euro zu. Freihändige Bauauftragsvergaben sind bis zu einem Auftragswert von weniger als 30 000 Euro zulässig.

Außerdem ist das Niedersächsische Landesvergabegesetz (LVergabeG), das aktuell ab einem Auftragswert von 30 000 Euro zu beachten ist, durch Heraufsetzung dieses Auftragswertes auf 100 000 Euro befristet anzupassen. Dadurch werden öffentliche Auftragsvergaben im Land im Rahmen des Wertgrenzenerlasses erleichtert und damit beschleunigt. Dies geschieht in der Erwartung, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich bis 2011 wieder normalisiert haben. Unterhalb dieses Wertes gelten für die Landesdienststellen die Landeshaushaltsordnung und insbesondere der (an-

gepasste) Wertgrenzenerlass. Für die kommunalen Körperschaften gelten entsprechend die Haushaltsbestimmungen für Kommunen. Beim Wertgrenzenerlass bleibt es bei der Empfehlung zur Anwendung dieser Regelung.

Im Hinblick auf die in der Präambel genannte Zielsetzung des Gesetzes wird daran festgehalten, dass die in § 3 LVergabeG geforderte Tariftreuerklärung wie bisher ab einem Auftragswert von 30 000 Euro von den Bietern vorzulegen ist.

Zu Nummer 5:

Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan werden neu gefasst.

Zu Artikel 2:

Das Niedersächsische Gesetz zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Niedersächsisches Zukunftsinvestitionsgesetz - NZuInvG) regelt die Weiterleitung des Hauptteils der Mittel aus dem Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz - ZuInvG). Mit diesem breit angelegten Investitionsprogramm zur Infrastrukturförderung wird ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zugleich zur Verbesserung der Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Niedersachsen geleistet.

Den niedersächsischen Landkreisen und Gemeinden werden Mittel des Bundes in Höhe von 450 000 000 Euro und des Landes in Höhe von 30 000 000 Euro als Finanzhilfen pauschal in Form einer Investitionspauschale zur Verfügung gestellt. Die Kommunen werden verpflichtet, bei der Inanspruchnahme der Mittel insgesamt 120 000 000 Euro als Eigenanteil zu investieren. Der kommunale Eigenanteil am zur Verfügung stehenden Budget von 600 000 000 Euro beträgt damit 20 vom Hundert.

Die Mittel werden zwischen der Kreisebene (Landkreise und kreisfreie Städte) und der Gemeindeebene (kreisfreie Städte, Gemeinden und Samtgemeinden einschließlich Mitgliedsgemeinden) hälftig aufgeteilt.

Auf der Gemeindeebene werden die Mittel im Verhältnis der Einwohnerzahl der Stadt, Gemeinde oder Samtgemeinde zur Gesamtzahl der Einwohner Niedersachsens aufgeteilt. Dabei gilt als Einwohnerzahl die durchschnittliche Einwohnerzahl der Jahre 2005, 2006 und 2007 zum 30. Juni des entsprechenden Jahres.

Auf der Kreisebene werden entsprechend der Regelung auf der Gemeindeebene 90 vom Hundert der Mittel im Verhältnis der Einwohnerzahl des Kreises, der Region oder der kreisfreien Stadt zur Gesamtzahl der Einwohner Niedersachsens und 10 vom Hundert im Verhältnis der Fläche des Kreises, der Region oder der kreisfreien Stadt zur Gesamtfläche Niedersachsens aufgeteilt.

Bei der Bemessung des im Einzelfall jeweils zu leistenden kommunalen Eigenanteils haben steuereinnahmestärke Kommunen einen größeren Anteil als steuereinnahmeschwache zu leisten. Der Eigenanteil der steuereinnahmeschwächsten kommunalen Körperschaft beträgt jeweils nicht mehr als 5 vom Hundert und der der steuereinnahmestärksten Körperschaft nicht mehr als 25 vom Hundert. Bei der Berechnung der Steuereinnahmekraft wird der Durchschnittswert der amtlichen Statistik aus den Jahren 2005, 2006 und 2007 zu Grunde gelegt. Damit wird auch finanzschwachen Kommunen, die ggf. die zu erbringenden Eigenanteile durch Kredite zu finanzieren haben, eine Teilnahme am Programm ermöglicht.

Insgesamt darf der kommunale Eigenanteil der Kreis- und der Gemeindeebene jeweils 20 vom Hundert nicht unterschreiten. Die im Rahmen dieses Programms jeweils anfallenden Eigenanteile werden - auch mit Blick auf ggf. notwendig werdende Kreditaufnahmen - von der Kommunalaufsicht mitgetragen.

Damit wird eine unbürokratische und flexible Abwicklung der Pauschalzuweisungen an die Kommunen ohne unnötigen Verwaltungsaufwand und unter Wahrung der Vorgaben des Bundes (schnelle Wirksamkeit, Zusätzlichkeit und Nachhaltigkeit) ermöglicht. Zugleich wird den kommunalen Körperschaften ein größtmöglicher Spielraum bei der Verwendung der Mittel gewährt werden. Allerdings

sollen mit Blick auf die Vorgaben des Bundes 65 vom Hundert der Mittel in Maßnahmen der Bildungsinfrastruktur investiert werden.

Zu § 1:

§ 1 stellt die maximale Höhe der durch dieses Gesetz pauschal zu verteilenden Finanzhilfen fest. Festgestellt wird außerdem, dass den Kommunen individuelle Investitionspauschalen zur Verfügung gestellt werden. Die Höhe der individuellen Investitionspauschale wird in einer Anlage zum Gesetz für jede kommunale Körperschaft ausgewiesen. Bei der Berechnung der Beträge sind die vorstehend dargestellten Vorgaben berücksichtigt worden.

Nach Absatz 3 werden die Mittel erst zugewiesen, wenn sie den kommunalen Körperschaften für Investitionen im Sinne des Gesetzes in Rechnung gestellt oder bereits verausgabt wurden. Diese Regelung ergibt sich zwingend aus der gesetzlichen Vorgabe des § 6 Abs. 2 Satz 2 ZulnVG. Des Weiteren muss es sich bei den Ausgaben um Investitionen handeln und die kommunalen Körperschaften müssen einen Eigenanteil erbringen.

Zu § 2:

Der absolute von allen kommunalen Körperschaften gemeinsam zu erbringende Eigenanteil beträgt 120 000 000 Euro. Der individuelle Eigenanteil, der ebenfalls nach den vorstehend erläuterten Vorgaben berechnet wurde, ist in der Anlage zum Gesetz ausgewiesen. Gleiches gilt für die individuellen Budgets der kommunalen Körperschaften.

Die Berechnung des individuellen Eigenanteils basiert auf dem Dreijahresschnitt der der amtlichen Statistik entnommenen Steuereinnahmekraft der kommunalen Körperschaft (bei Kreisen und Samtgemeinden auf der Summe der Steuereinnahmekraft ihrer Mitgliedsgemeinden) je Einwohner. Die landesdurchschnittliche Steuereinnahmekraft je Einwohner ist dabei dem Wert 100 gleich gesetzt. Aus dem Verhältnis der individuellen Steuereinnahmekraft je Einwohner zur landesdurchschnittlichen Steuereinnahmekraft je Einwohner errechnen sich insoweit die Abweichungen zum Wert 100 (Verhältniswert).

Der Verhältniswert wird mit einem Steuerungsparameter multipliziert. Der Steuerungsparameter wird so festgelegt, dass sich eine landesdurchschnittliche Eigenanteilsquote von 20 vom Hundert ergibt.

Um sowohl auf der Gemeinde- als auch auf der Kreisebene eine natürliche Spreizung des Eigenanteils von 5 vom Hundert bis 25 vom Hundert zu erreichen, ist der Verhältniswert zu potenzieren. Um den Wert 100 werden die individuellen Werte der kommunalen Körperschaft dadurch gleichmäßig nach oben und nach unten gespreizt. Auf der Gemeindeebene ist die Spreizung durch eine Potenzierung mit 2, auf der Kreisebene durch die Potenzierung mit 5 erforderlich. Werte über 25 vom Hundert werden entsprechend gekappt, Werte unter 5 vom Hundert werden entsprechend heraufgesetzt. Diese Kappungen bzw. Heraufsetzungen werden bei der Festlegung des Steuerungsparameters berücksichtigt.

Zu § 3:

Bei der Verwendung der Mittel sind das Land und die Kommunen an die Vorgaben des Bundes gebunden. Eine etwaige Auslegung dieser Vorschrift muss daher im Licht des Zukunftsinvestitionsgesetzes und der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern erfolgen.

Die Vorgaben des Bundes wurden grundsätzlich ohne zusätzliche Maßgaben übernommen. Der prozentuale Anteil des Investitionsschwerpunktes „Bildungsinfrastruktur“ ist eine von den Kommunen anzustrebende Zielgröße. Außerdem sollen die Kommunen eine möglichst breite Streuung über alle im Zukunftsinvestitionsgesetz aufgeführten Bereiche vornehmen.

Zu § 4:

Diese Vorschrift soll eine möglichst unbürokratische, pragmatische und kostengünstige Abwicklung des Auszahlungsverfahrens gewährleisten. Da der Bund keine pauschale Auszahlung erlaubt, sondern diese frühestens zum Zeitpunkt der Begleichung erforderlicher Zahlungen gestattet, wird auf die vorliegende Lösung zurückgegriffen.

Würde zu jedem Zahlungsvorgang eine Zuweisung erfolgen, bedeutete dies bei 465 niedersächsischen kommunalen Körperschaften und sehr konservativ geschätzten sechs Zahlungsvorgängen pro Jahr und Körperschaft etwa 2 800 Verwaltungsvorgänge pro Jahr. Zusätzlich wären Rechnungs- und Nachweiskontrolle wahrzunehmen. Eine unbürokratische, pragmatische und kostengünstige Abwicklung des Auszahlungsverfahrens wäre unmöglich.

Daher wird das Verfahren auf wenige Zahlungstermine im Jahr reduziert. Die kommunalen Körperschaften sammeln bis zu diesen Terminen die bereits von ihnen geleisteten Zahlungen im Rahmen der vom Niedersächsischen Zukunftsinvestitionsgesetz geförderten Maßnahmen. Diese Zahlungen werden mit den dazugehörigen Nachweisen in der Sammelmeldung vorgelegt. Das Land erstattet nach Prüfung (Budgetkontrolle, Eigenanteilskontrolle) die daraus resultierenden Beträge und erfüllt seinerseits seine Verpflichtungen gegenüber dem Bund (Melde- und Nachweispflichten).

Eine derart detaillierte Vorgabe würde das Gesetz überladen. Das für Inneres zuständige Ministerium erhält daher eine Verordnungsermächtigung zur Detailregelung des Verfahrens.

Zu § 5:

Die Vorschrift zum Nachweis der Verwendung bildet weitgehend die Vorgaben des Bundes ab. Ergänzungen sind nur insofern eingeflossen, als diese zur Abwicklung des landesinternen Verfahrens zwingend notwendig sind. Dazu gehört eine Bestätigung, dass die Mittel zur Begleichung erforderlicher Zahlungen benötigt wurden und dass keine Doppelförderung vorliegt.

Die Erklärung zum Zahlungstermin soll verhindern, dass tatsächlich Einzelrechnungen und Zahlungsanweisungen vorgelegt werden müssen. Es wird ausreichen, dass die Kommune versichert, die Zahlung tatsächlich ausführen zu müssen oder ausgeführt zu haben.

Die Bestätigung zur Einhaltung des Verbots der Doppelförderung bezieht sich auf alle in § 3 Abs. 2 zusammengefassten Varianten der Doppelförderung.

Da das Land dem Bund die Verwendung von ausgezahlten Mitteln innerhalb von fünf Monaten detailliert nachzuweisen hat, sind die Kommunen verpflichtet, ihre Nachweise innerhalb von drei Monaten dem Land vorzulegen.

Zu § 6:

Der Bund behält sich gegenüber dem Land Rückforderungs- und Rückzahlungsansprüche vor. Diese werden vom Land an die Kommunen durchgeleitet. Um die zeitliche Verzögerung einer Durchleitung abzufangen, wird die in der Bundesregelung enthaltene Frist von 1 Jahr auf 18 Monate erweitert. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird der zuständigen Stelle kein Ermessen bei der Rückforderung eingeräumt. Sie hat eine entsprechende Bundesforderung oder bei der eigenen Feststellung von Rückforderungsgründen die Mittel von der kommunalen Körperschaft zurückzuverlangen. Dabei kann sie ihre Forderungen mit Forderungen der kommunalen Körperschaft, z. B. aus dem Finanzausgleich, aufrechnen.

Zu § 7:

Dem Bund sind Prüfungsbemerkungen der obersten Rechnungsprüfungsbehörde zu übermitteln. Da der niedersächsische Landesrechnungshof jedoch keine Möglichkeit der Prüfung bei den kommunalen Körperschaften hat, ist ihm dieses Recht einzuräumen.

Zu § 8:

Es wird davon abgesehen, den Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden als kommunale Körperschaft mit eigenen Aufgaben ein eigenes Budget zuzuweisen, da in den Verwaltungsbereichen der

Samtgemeinden diese die wesentlichen Aufgaben wahrnehmen, die Verwaltungskraft der Mitgliedsgemeinden gering ist und aufgrund ihrer niedrigen Einwohnerzahl viele Mitgliedsgemeinden auch nur verschwindend geringe Investitionspauschalen erhielten. Gleichwohl sollen die Samtgemeinden berechtigt sein, Mittel weiterzuleiten. Gegenüber dem Land verantwortlich für die rechtmäßige Verwendung der Mittel und die Erbringung des Eigenanteils bleibt jedoch die Samtgemeinde. Diese Regelung orientiert sich an dem im Rahmen der Gewährung von Bedarfszuweisungen üblichen Verfahren.

Zu § 9:

Bei Sanierungsmaßnahmen und ähnlichen Vorhaben beim vorhandenen kommunalen Infrastrukturvermögen ist die Unterscheidung zwischen Herstellungswerten, die aktiviert werden und Investitionen darstellen und Erhaltungsaufwand, der sofort als Aufwand gebucht wird, sehr aufwendig. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung wird klargestellt, dass im kommunalen Haushaltsrecht unter bestimmten Voraussetzungen mit Sanierungsmaßnahmen Herstellungswerte generiert werden, bei denen es sich um Investitionen handelt. Diese Investitionen sind als Werterhöhung von Vermögensgegenständen in der Bilanz zu aktivieren und über die Restnutzungsdauer abzuschreiben. Für die kommunale Kofinanzierung dieser Investitionen können somit nach § 92 Abs. 1 der Niedersächsischen Gemeindeordnung ggf. auch Kredite aufgenommen werden.

Zu Artikel 3:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.